

1. Soziale Sicherheit und Gesundheit

1.1: Gezielte Hilfen für LSBT*IQ-Jugendliche

*Wir fordern gezielte Hilfen für LSBT*IQ-Jugendliche, die ihr Zuhause verlassen müssen. Konkret braucht es eine feste, spezialisierte Ansprechperson im Jugendamt und die Bereitstellung sicherer Unterkünfte in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe.*

Für die gezielte Hilfe von LSBT*IQ-Jugendliche, die ihr Zuhause verlassen müssen, gibt es bereits jetzt feste, spezialisierte Ansprechperson im Jugendamt. Die Bereitstellung sicherer Unterkünfte für Jugendliche in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe ist uns ein sehr wichtiges Anliegen und so setzen wir uns für einen steten Ausbau der Kapazitäten für alle Jugendlichen ein. Bereits jetzt wird bei der Unterbringung von LSBT*IQ-Jugendlichen auf die Ansprechbarkeit einer sensibilisierten Fachkraft geachtet.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Mitarbeitende des Jugendamts weiterhin für die besonderen Lebenslagen queerer Jugendlicher sensibilisiert werden und diese Aspekte bei Unterbringungsentscheidungen auch weiterhin stets mitbedacht werden. Ziel ist es, geeignete Schutzräume und Betreuungskonzepte zu fördern sowie Kooperationen mit freien Trägern zu stärken und auszubauen, damit queere Jugendliche in Krisensituationen adäquat unterstützt und untergebracht werden können.

1.2: Schaffung queer-sensibler Angebote in der Senior*innenarbeit und Altenpflege

*Wir fordern die Entwicklung eines städtischen Handlungskonzepts „Queer im Alter“. Dieses soll unter anderem die Zertifizierung queer-sensibler Pflegeeinrichtungen, regelmäßige Schulungen für Pflegepersonal sowie die Förderung sozialer Treffpunkte für queere Senior*innen beinhalten.*

Wir GRÜNE wollen für queere Menschen im Alter ein diskriminierungsfreies Umfeld schaffen, in dem sie Akzeptanz, Sicherheit und Respekt erfahren. Dafür sollen Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen und -diensten gezielt geschult und mit geeignetem Fortbildungsmaterial unterstützt werden. Wo nötig, sollen vor Ort niedrigschwellige Beratungsangebote entstehen oder weiterentwickelt werden (Veranstaltung „Queer im Alter“ im Agaplesion Heimathaus), die queere Senior*innen

und deren Angehörige begleiten. Zudem setzen wir uns dafür ein, in Kooperation mit dem Senior*innenbeirat Maßnahmen zu entwickeln, die die Lebenssituation queerer Senior*innen in Darmstadt verbessern und ihre Sichtbarkeit stärken.

So werden wir in die anstehende Pflegebedarfsplanung die queer-sensible Pflege mit aufnehmen.

1.3: Verbesserung der Gesundheitsversorgung für queere Menschen

Wir fordern die Förderung der Ansiedlung einer PrEP-Praxis in Darmstadt im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem setzen wir uns für den Erhalt und die Sicherung stabiler, niedrighschwelliger Testkapazitäten des Gesundheitsamtes sowie der Aidshilfe Darmstadt e.V. ein.

Zur Prävention sexuell übertragbarer Infektionen wie HIV wollen wir kostenfreie Testangebote beim Gesundheitsamt und der Aidshilfe Darmstadt e.V. ermöglichen und dauerhaft absichern. Damit leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des internationalen UNAIDS-Ziels 95-95-95 und unterstützt das Vorhaben der Vereinten Nationen, AIDS bis 2030 zu beenden.

Darüber hinaus setzen wir uns bei der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen für die Einrichtung einer HIV-Schwerpunktpraxis in Darmstadt ein. Die Verfügbarkeit der Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) soll verbessert und der Zugang zu einer qualifizierten, wohnortnahen Versorgung für queere Menschen sichergestellt werden.

Um weiteren Erkrankungen vorzubeugen, wollen wir außerdem die Information und Aufklärung zur HPV-Impfung deutlich ausweiten. Ziel ist es, die Impfquote zu erhöhen und insbesondere Krebserkrankungen wie Gebärmutterhalskrebs wirksam vorzubeugen.



KREISVERBAND DARMSTADT

LAUTESCHLÄGERSTRASSE 38

64289 DARMSTADT

TELEFON: 0 61 51/6 14 30

TELEFAX: 0 61 51/6 14 01

E-MAIL: KREISVERBAND@GRUENE-
DARMSTADT.DE

2. Bildung und Aufklärung

2.1: Queere Sensibilisierung in der Kinderbetreuung

Wir fordern regelmäßige Bildungsangebote für Mitarbeitende in Kitas und Grundschulen zum Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien.

Mitarbeitende des Jugendamtes sowie der städtischen Kitas und Schulen erhalten bereits regelmäßig Fortbildungsangebote zur Sensibilisierung im Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien. Diese Angebote sollen kontinuierlich evaluiert und bei Bedarf angepasst sowie ausgebaut werden. Ebenso wichtig ist, dass in Kindertagesstätten und Schulen Bücher und Medien verfügbar sind, die vielfältige Lebens- und Familienformen altersgerecht thematisieren. So lernen Kinder früh, dass Vielfalt zum Alltag gehört und alle Lebensweisen Wertschätzung verdienen.

Wir GRÜNE setzen uns außerdem dafür ein, dass auch Mitarbeitende im Bereich Asyl- und Ausländerwesen regelmäßig geschult werden, um die spezifischen Bedürfnisse queerer Geflüchteter zu erkennen und geeignete Unterbringungslösungen zu entwickeln.

2.2: Aufarbeitung und Sichtbarmachung queerer Stadtgeschichte

Wir fordern, dass die Stadt ein Projekt zur Erforschung und öffentlichen Darstellung der queeren Geschichte Darmstadts initiiert und finanziert. Dies kann in Form einer Ausstellung, einer Publikation oder thematischer Stadtrundgänge geschehen.

Wir GRÜNE unterstützen die Forderung, die queere Darmstädter Stadtgeschichte sichtbar zu machen und wissenschaftlich aufzuarbeiten. Wir sehen hier insbesondere das Stadtarchiv, das Staatsarchiv, das Haus der Geschichte und weitere kulturelle Einrichtungen als mögliche Akteur*innen für entsprechende Projekte, die möglichst auch in Zusammenarbeit mit Schulklassen oder wissenschaftlichen Arbeiten der TU Darmstadt umgesetzt werden sollen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt und ihre kommunalen Unternehmen in ihren Publikationen, Werbeanzeigen und Kampagnen die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbilden, etwa durch die Darstellung von Regenbogenfamilien und unterschiedlichen Lebensentwürfen.

3. Öffentliche Infrastruktur und Sichtbarkeit

3.1: Einrichtung von Unisex-Toiletten, -Duschen und -Umkleiden

Wir fordern, dass auch in bestehenden städtischen Gebäuden wie Schulen, Bürgerhäusern und Sportstätten Alternativen zu binären Toiletten, Duschen und Umkleideräumen eingerichtet werden.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in öffentlichen Gebäuden – insbesondere bei Neu-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen – verstärkt geschlechtsneutrale Toiletten eingeplant werden. Darüber hinaus soll bei der Planung und Modernisierung von Sportstätten auf die Einrichtung geschlechtsneutraler Umkleiden und Sanitäreinrichtungen geachtet werden.

3.2: Umfassende Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Wir fordern die Herstellung umfassender Barrierefreiheit im Queeren Zentrum Darmstadt, mindestens durch einen rollstuhlgerechten Zugang sowie eine barrierefreie Toilette.

Die Oettinger Villa ist ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude. Die Stadt hat in den vergangenen Jahren mehrere zehntausend Euro in die Instandsetzung und Ertüchtigung der Räume investiert. Bei zukünftigen Bauprojekten darf der Denkmalschutz kein Hindernis für Barrierefreiheit sein. Die Sanierung der Justus-Liebig-Schule hat gezeigt, dass Barrierefreiheit auch im Denkmal möglich ist.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Oettinger Villa zu erhalten und weiterzuentwickeln. Eine barrierefreie Toilette und ein rollstuhlgerechter Zugang können dabei nur erste Schritte auf dem Weg zu einem vollständig barrierefreien Queeren Zentrum sein.



KREISVERBAND DARMSTADT

LAUTESCHLÄGERSTRASSE 38
64289 DARMSTADT

TELEFON: 0 61 51/6 14 30
TELEFAX: 0 61 51/6 14 01

E-MAIL: KREISVERBAND@GRUENE-
DARMSTADT.DE

4. Kommunales Handeln und gesellschaftliche Verantwortung

4.1: Stärkung der Koordinierungsstelle LSBT*IQ und diskriminierungsfreie Verwaltung

*Wir fordern die aktive Weiterentwicklung der neu geschaffenen städtischen Koordinierungsstelle LSBT*IQ für queere Belange.*

Wir GRÜNE teilen diese Forderung und setzen uns dafür ein, die Koordinierungsstelle bei Bedarf auszubauen. Gleichzeitig fordern wir, dass unbesetzte Stellen schnellstmöglich nachbesetzt werden, um die Anliegen queerer Menschen verlässlich bearbeiten zu können.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass es in Darmstadt mehr inklusive Sportangebote für queere Menschen gibt. Vereine, die Projekte für trans* und inter* Jugendliche, Erwachsene oder LSBTIQ-Personen *allgemein anbieten möchten, sollen dabei gezielt von der Stadt unterstützt werden.* Die städtische LSBTIQ-Koordinierungsstelle soll bei der Ausweitung und Sichtbarmachung solcher Angebote eine vernetzende und beratende Rolle übernehmen, um bestehende Strukturen zu stärken, Kooperationen zu fördern und Sport als Raum der Vielfalt und Akzeptanz weiterzuentwickeln.

4.2: Aktive Teilnahme am Netzwerk gegen Gewalt

Wir fordern, dass die Stadt Darmstadt sich aktiv am „Netzwerk gegen Gewalt“ des Landes Hessen beteiligt und eigene Initiativen zur Prävention und Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt entwickelt und einbringt.

Wir GRÜNE unterstützen diese Forderung ausdrücklich und verweisen darauf, dass Darmstadt bereits am Landesprogramm „Präventionsketten“ teilnimmt. Diese bestehenden Strukturen wollen wir gezielt nutzen und weiterentwickeln, um Präventionsarbeit gegen queerfeindliche Gewalt nachhaltig zu stärken.

Ziel ist es, queerfeindlicher Gewalt frühzeitig entgegenzuwirken, Betroffene wirksam zu schützen und Darmstadt als sicheren und solidarischen Lebensort für alle Menschen zu stärken. Wir fordern außerdem, die im Dezernat I verortete LSBT*IQ-Koordination auf, sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die Wissenschaftsstadt Darmstadt am Netzwerk gegen Gewalt teilnimmt.

5. Förderung und Absicherung queerer Strukturen

5.1: Dritte Teilzeitstelle für das Queere Jugendzentrum

Wir fordern die Schaffung einer dritten Teilzeitstelle bei vielbunt e.V. im Queeren Jugendzentrum, um die stetig wachsenden Aufgaben zu bewältigen und die Vielfalt der queeren Jugendlichen angemessen abbilden zu können.

Wir GRÜNE setzen uns in den jährlichen Haushaltsverhandlungen kontinuierlich für den Ausbau von Stellen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ein. Im Rahmen der stetigen Weiterentwicklung dieses Bereichs unterstützen wir auch eine nachfrageorientierte Anpassung der Stellenanteile bei den verschiedenen Trägervereinen.

5.2: Jährliche Förderung des CSD Darmstadt

Wir fordern eine jährliche Förderung des CSD Darmstadt in angemessener Höhe sowie den Wegfall der für die Veranstaltung erhobenen Gebühren.

Wie unserem Wahlprogramm zu entnehmen ist, setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass der CSD Darmstadt künftig einen festen Zuschuss in Höhe von jährlich 10.000 Euro aus dem städtischen Haushalt erhält, um Planungssicherheit zu schaffen und das ehrenamtliche Engagement zu entlasten. Darüber hinaus wollen wir, dass die Stadt anlässlich des CSD einen offiziellen Empfang ausrichtet, um die Bedeutung dieses Tages für Demokratie, Vielfalt und Gleichberechtigung sichtbar zu würdigen.